



Infodienst Radikalisierungsprävention

Newsletter November 2021

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

drei neue Infodienst-Beiträge beschäftigen sich mit ganz unterschiedlichen, spannenden Fragestellungen:

Welche Rolle sollen oder können Emotionen in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und in der Präventionsarbeit einnehmen?

Welche Gesetze gibt es, die radikalisierte Inhalte in Sozialen Medien reglementieren sollen – und welche Maßnahmen ergreifen die Plattformen selbst?

Warum ist es sinnvoll, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in die Ausstiegsarbeit im Bereich Islamismus einzubeziehen?

Dies ist der letzte Infodienst-Newsletter in diesem Jahr. Wir wünschen Ihnen daher schon mal eine schöne Adventszeit und einen angenehmen Jahresausklang.

Ihre Infodienst-Redaktion

PS: Haben Sie einen Hinweis, worüber wir berichten sollten? Schreiben Sie uns an radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de!

Neu beim Infodienst

INTERVIEW MIT FACHKRÄFTEN

Emotionen in der Präventionsarbeit

Welche Rolle sollen oder können Emotionen in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und in der Präventionsarbeit einnehmen? Ist es sinnvoller, Emotionen nach Möglichkeit außen vor zu lassen und sich nüchtern auf die Fakten zu konzentrieren? Oder macht es ganz im Gegenteil Sinn, in der Bildungsarbeit nicht nur über Emotionen zu sprechen, sondern sogar emotionale Reaktionen hervorzurufen? Der Infodienst hat dazu mit Praktikerinnen und Praktikern aus drei Organisationen gesprochen.

[weiter](#)

PROF. DR. MATTHIAS C. KETTEMANN & NICOLAS KOERRENZ

Mit Gesetzen und Plattformregeln gegen Online-Radikalisierung

Auf Plattformen wie Facebook, Instagram und YouTube finden sich immer wieder islamistische Inhalte und solche, die eine islamistische Radikalisierung begünstigen können. Welche Gesetze gibt es, die radikalisierende Inhalte reglementieren sollen – und was verbieten sie? Welche Rolle spielen die Gemeinschaftsrichtlinien der Plattformen? Und welche Herausforderungen gibt es in der Anwendung von Recht und Regeln?

[weiter](#)

INTERVIEW MIT HEINER VOGEL

Vernetzung von Ausstiegsarbeit und Psychotherapie

Im Interview erläutert Heiner Vogel, warum es sinnvoll ist, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in die Ausstiegsarbeit im Bereich Islamismus einzubeziehen. Vogel

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt *TRIAS Berlin* von *Violence Prevention Network (VPN)*. Er beschreibt, wie das psychotherapeutische Team von *TRIAS Berlin* mit der Beratungsstelle Berlin von *VPN* zusammenarbeitet und welche Herausforderungen es bei der Kooperation der unterschiedlichen Professionen gibt.

[weiter](#)

REDAKTION INFODIENST

Übersicht Anlaufstellen: Neue Angebote aus Düsseldorf und Hamburg

Die folgenden Projekte wurden in die Infodienst-Übersicht mit Anlaufstellen aufgenommen:

[CEOPS Center for Education on Online Prevention in Social Networks](#) (Düsseldorf & online)

[Legato PräJus](#) (Hamburg)

In der Übersicht finden Sie Beschreibungen und Kontaktdetails zu über 100 Anlaufstellen in ganz Deutschland, die Unterstützung anbieten – von Hotlines und Beratung über pädagogische Maßnahmen und Weiterbildungen bis hin zu Intervention und Deradikalisierung.

[weiter](#)

Neu bei der Bundeszentrale für politische Bildung

MOUHANAD KHORCHIDE

Beitrag: Bedeutung von Moscheegemeinden und Verbänden für die Radikalisierung

Welche Rolle spielen muslimische Verbände bei der Radikalisierung und Deradikalisierung junger Menschen? Dieser Frage geht Mouhanad Khorchide auf den Grund. In seinem Beitrag für das Islamismus-Dossier der bpb beschäftigt er sich mit deutschen Moscheegemeinden, die sich zwar öffentlich von Gewalt und Extremismus distanzieren, aber gleichzeitig demokratiefeindliche Ideologien vermitteln. Der Autor diskutiert, welche Gefahren von diesen Verbänden ausgehen und wie gelungene Moscheearbeit junge Menschen vor solchen Ideologien schützen kann.

[weiter](#)

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG & MODUS | ZAD

Report: Monitoring von islamistischen YouTube-Kanälen – September 2021

Die Geschehnisse in Afghanistan stoßen beim Publikum von islamistischen YouTube-Videos auf großes Interesse – die Kanäle und ihre Betreiber nutzen das Thema überwiegend, um daran ihr Narrativ der "lügenhaften" Medienberichterstattung über den Islam zu illustrieren. Zu diesem Ergebnis kommt der September-Report des Projekts "Peripherie des religiös begründeten Extremismus" von modus | zad. Monatlich werden auf bpb.de Analysen der populärsten islamistischen YouTube-Kanäle veröffentlicht, die Trends identifizieren und die Präventionsarbeit unterstützen.

[weiter](#)

MAHMUD EL-WERENY

Schriftenreihe: Radikalisierung im Cyberspace

Welche digitalen Wege nutzt die salafistische Szene im deutschsprachigen Raum, um neue und vor allem junge Mitglieder zu gewinnen? Damit beschäftigt sich Mahmud El-Wereny. In seiner Publikation stellt er die Leitgedanken des Salafismus vor und zeigt auf, mit welchen Mitteln diese in virtuellen Räumen verbreitet werden. Das Ergebnis: Speziell für eine junge Zielgruppe habe sich in den vergangenen Jahren ein breites Spektrum an Inhalten herausgebildet, die ein positives Bild radikaler salafistischer Lehren vermitteln.

[weiter](#)

Veranstaltungshinweise und Fortbildungen

Termin details und weitere Termine finden Sie in der [Termin-Übersicht des Infodienstes](#).

November

[Weiterbildung: Arbeit mit psychosozial auffälligen jungen Menschen](#)

Oktober 2021 bis März 2022, **online** und **Berlin**

Denkzeit-Gesellschaft

[Online-Fachgespräch: "Mehr als zwei Seiten". Eine Schulreise von Neukölln nach Israel und in die palästinensischen Gebiete](#)

23. November 2021, **online**

Kompetenznetzwerk Islamistischer Extremismus (KN:IX)

[Online-Fachgespräch: Kindeswohl als extremismusübergreifende Herausforderung](#)

25. November 2021, **online**

Fachstelle Liberi

[Online-Fakultätstag: Der Islam gehört zu Deutschland – und wie!?](#)

25. November 2021, **online**

Hochschule Esslingen

[Online-Fachtag: PrEval – Evaluation von Präventionsmaßnahmen](#)

26. November 2021, **online**

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

[Fortbildung: Der Nahostkonflikt – \(k\)ein Problem für pädagogische Arbeit?](#)

26. November 2021, **Berlin**

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

[Online-Fachkonferenz: Radikalisierungsprävention in NRW](#)

30. November 2021, **online**

Bonn International Centre for Conflict Studie

Dezember 2021

Online-Fachgespräch: Nachspielzeit. Fußball im Fokus politischer Bildung

8. Dezember 2021, **online**

Kompetenznetzwerk Islamistischer Extremismus (KN:IX), Sozialberatung Stuttgart e. V., VfB-Fanprojekt Stuttgart e. V.

Online-Fachgespräch: „Einmal brainwash und zurück“. Verschwörungsmymthen erleben

14. Dezember 2021, **online**

Kompetenznetzwerk Islamistischer Extremismus (KN:IX), Türkische Gemeinde Baden-Württemberg e. V.

März 2022

Online-Weiterbildung: CleaRTeaching – Eine Weiterbildung zum Umgang mit Radikalisierungsprozessen im schulischen Kontext

21. März 2022 bis 13. Dezember 2022, **Bonn**

Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V., Bundeszentrale für politische Bildung

Stellenangebote

Details finden Sie in der [Übersicht mit Stellenangeboten](#) im Infodienst.

Hessen

Wissenschaftliche Mitarbeiter/-in für KrimZ

Wiesbaden

Nordrhein-Westfalen

Ehrenamtliche Mitarbeit

NRW-weit

Fachbeiträge

Deutschland braucht eine nachhaltige Präventionspolitik

– *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP): Sofia Koller, Miriam Heß & Alexander Ritzmann* –

Prävention von gewaltbereitem Extremismus darf nicht nur nach terroristisch motivierten Anschlägen politische Aufmerksamkeit bekommen, sondern muss als langfristige Herausforderung begriffen werden. Dafür plädiert ein Memo der DGAP. Die Autorinnen und Autoren skizzieren aktuelle politische Herausforderungen der Extremismusprävention und leiten daraus Empfehlungen für die zukünftige Bundesregierung ab. Eine zentrale Empfehlung lautet, Monitoring und Evaluation von Beginn an mitzudenken. So könne man aus Erfahrungen lernen und diese in die Konzeption neuer Präventionsmaßnahmen einbeziehen.

Zum Memo auf [dgap.org](https://www.dgap.org)

Umgang mit Konflikten rund um Religion in der Schule

– *ufuq.de: Mara Sommerhoff* –

Wie gelingt der Umgang mit Konflikten rund um das Thema Religion in der Schule? Mara Sommerhoff beleuchtet in einem Fachbeitrag auf [ufuq.de](https://www.ufuq.de) relevante rechtliche sowie pädagogische Perspektiven. Für die Praxis sei es zentral, durch feste Regelungen die Freiheit und Grenzen von Religionsausübung im Schulalltag zu bestimmen. Ebenso wichtig ist laut Sommerhoff ein stets offener Dialog mit Schülerinnen und Schülern, um Werte innerhalb der Schulgemeinschaft zu verhandeln.

Zum Beitrag auf [ufuq.de](https://www.ufuq.de)

Islamismus in Ostdeutschland – Zwischen Prävention und Integration

– *Forschungsstelle "Radikalisierung und gewaltsame Konflikte: Antworten sozialer Berufe" (RUK) der Fachhochschule Erfurt: Julia Bormuth und Mira Schwarz* –

Was sind die Herausforderungen der Islamismusprävention in Ostdeutschland? Zu dieser Frage gab es im Juni einen Online-Fachtag, veranstaltet von [ufuq.de](https://www.ufuq.de), dem Multikulturellen Zentrum Dessau und dem Ministerium für Arbeit, Soziales und

Integration Sachsen-Anhalt. Fachkräfte aus Behörden und Sozialer Arbeit diskutierten über Problemlagen und Lösungsansätze. Die zentrale Erkenntnis: Es braucht gezielte Integration und Teilhabe, um Problemen wie Ausgrenzung und Rassismus entgegenzuwirken, mit denen gerade im Osten viele Musliminnen und Muslime konfrontiert sind. Die Ergebnisse des Fachtages hat die Forschungsstelle RUK auf ihrer Website zusammengefasst.

Zum Beitrag auf ruk.fh-erfurt.de

Studien & Handreichungen

Handreichung: Kindeswohl bei Aufwachsen in islamistisch geprägten Familien

– Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung –

Das Land Niedersachsen hat eine Handlungsempfehlung herausgebracht für den Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die in Familien mit islamistisch radikalisierten Mitgliedern aufwachsen. Sie soll vor allem das Fachpersonal in Jugendämtern unterstützen. Die Handreichung enthält Hinweise für die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden und Tipps für Zugang und Gesprächsvorbereitung sowie zur Hilfeplanung und Hilfefortschreibung. Fünf Fallbeispiele illustrieren, welche Maßnahmen Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe konkret ergreifen können.

Zur Handlungsempfehlung auf ms.niedersachsen.de

Projektbroschüre: Modellprojekt zu phänomenübergreifender Präventionsarbeit

– cultures interactive e. V.: Silke Baer, Marie Jäger & Lena Schulze Frenking –

In einer Broschüre stellt der Berliner Verein cultures interactive e. V. Inhalte, Erfahrungen und Ergebnisse aus seinem dreijährigen Modellprojekt PHÄNO_CULTURES vor. Im Rahmen des Projektes informierten Fachkräfte an Schulen über Rechtsextremismus und islamistischen Extremismus. Dabei diskutieren sie

gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern über Themenfelder wie Rassismus, Religion, Diskriminierung und Geschlechterrollen. Eine zentrale Erkenntnis: insbesondere Präventionsangebote für muslimische Mädchen fehlen.

Zur Broschüre auf cultures-interactive.de

Studie: Umgang Jugendlicher mit extremistischen Bildinhalten in sozialen Medien

– JFF – Institut für Medienpädagogik: Georg Materna, Achim Lauber & Niels Brüggem –

Wie gehen junge Erwachsene mit politischen oder extremistischen Bildern um, denen sie in sozialen Medien begegnen? Inwieweit erkennen sie ideologische Inhalte und wie positionieren sie sich dazu? Diesem Themenfeld widmet sich die Studie "Politisches Bildhandeln" des JFF – Institut für Medienpädagogik München. Aus ihren Ergebnissen leiten die Forschenden Empfehlungen für die pädagogische Präventionsarbeit ab, um politisch- und religiös-motivierter Radikalisierung Jugendlicher vorzubeugen. Fachkräfte sollten Bilder und Memes als Zugang zu den Lebenswelten junger Menschen nutzen, aber gleichzeitig einen kritischen Umgang mit demokratiefeindlichen Narrativen fördern.

Zur Studie auf jff.de

Medienpaket: Präventionsarbeit mit Jugendlichen

– ufuq.de & Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes –

ufuq.de hat ein Medienpaket erstellt, um Fachkräfte aus Schule, Jugendarbeit und Polizei in der Präventionsarbeit mit Jugendlichen zu den Themen Islamismus und Islamfeindlichkeit zu unterstützen. Das Paket bietet Hintergrundinformationen, Videoclips, Materialien und konkrete Vorschläge zur Gestaltung von Vorträgen und Diskussionen und kann bei ufuq.de kostenlos heruntergeladen und in gedruckter Form bestellt werden.

Zum Medienpaket auf ufuq.de

Themenpapier: Zusammenarbeit in der Tertiärprävention

– Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP): Sofia Koller –

Was sind die Herausforderungen für zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure in der Tertiärprävention von islamistischem Extremismus? Und wie können sie effektiv(er) zusammenarbeiten? Zu diesen Fragen veranstaltete die DGAP im Oktober einen

Online-Workshop. Expertinnen, Experten und Fachkräfte diskutierten dabei über Erfahrungen und bewährte Praktiken. Die Ergebnisse des Workshops hat die DGAP zusammengefasst. Dabei sind konkrete Empfehlungen entstanden, wie beteiligte Akteure die Zusammenarbeit in der Tertiärprävention verbessern können. Sie sollten sich regelmäßig über Bedürfnisse und Erfahrungen austauschen und wenn möglich gemeinsam Handreichungen entwickeln, um Kooperationen und Wissenstransfer zu stärken. Ebenso wird empfohlen, Fachkräfte aus Jugendhilfe und Gesundheitsweisen durch Schulungen weiterzubilden.

Zum Bericht auf [dgap.org](https://www.dgap.org)

Bericht: Extremismusforschung in NRW 2021

– *Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia (CoRE-NRW): Maurice Döring* –

Das Netzwerk CoRE-NRW hat einen Bericht zum Stand der Extremismusforschung in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Er gibt einen systematischen Überblick über aktuelle wissenschaftliche Publikationen zu Radikalisierung und Extremismus. Fokussiert wird die Forschung in NRW, es werden aber auch bundesweite und europäische Projekte vorgestellt.

Zum Bericht auf [core-nrw.de](https://www.core-nrw.de) (Dropdown-Menüpunkt "CoRE-NRW-Publikationsreihe")

Studie: Evaluation von Extremismusprävention im internationalen Vergleich

– *Global Public Policy Institute (GPPI): Asena Baykal et al.* –

Wie können Präventionsmaßnahmen innerhalb des komplizierten Beziehungsgeflechts aus zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren besser überprüft werden? Diese Frage stand im Zentrum einer Studie des Global Public Policy Institute. Die Autorinnen und Autoren haben internationale Beispiele für Evaluierungsstrukturen analysiert, die sich auf Deutschland übertragen lassen. Auf Grundlage der Erkenntnisse liefert der Abschlussbericht Empfehlungen, wie die Evaluation deutscher Extremismusprävention weiterentwickelt werden kann. Es sei wichtig, dass Institutionen von sich aus selbstkritische und transparente Evaluationen anstoßen und dabei auch eigene Fehler tolerieren.

Zum Direkt-Download der Studie auf [gppi.net](https://www.gppi.net)

Audio- und Videobeiträge

Podcast: Was erwartet "IS"-Rückkehrerinnen in Deutschland?

– Bayerischer Rundfunk: Tagesticket – Der Früh-Podcast; 15 Minuten –

Was erwartet mutmaßliche "IS"-Anhängerinnen nach ihrer Rückkehr nach Deutschland? Und wie kann ihr Leben in Deutschland aussehen? Das erklärt Thomas Mücke von Violence Prevention Network im Tagesticket-Podcast des Bayerischen Rundfunks. Seit 30 Jahren ist der Pädagoge in der Ausstiegsarbeit tätig.

Zur Podcast-Folge auf [br.de](https://www.br.de)

Reportage: Antisemitismus in islamischen Verbänden

– ZDF: frontal; Video; 8 Minuten –

Antisemitismus durch Musliminnen und Muslime ist ein zunehmendes Problem in Deutschland, berichtet das ZDF-Magazin frontal. Jüdische Einrichtungen und ihre Mitglieder seien in den letzten Monaten vermehrt mit Angriffen durch Musliminnen und Muslime konfrontiert. Der wieder entfachte Nahostkonflikt führe dazu, dass jüdische Menschen auf Demonstrationen und in sozialen Netzwerken angefeindet würden. Einige islamische Verbände spielten in der Auseinandersetzung eine entscheidende Rolle, heißt es in dem Beitrag.

Zum Video auf [zdf.de](https://www.zdf.de)

Porträt: Wie ein belgischer Bürgermeister gegen Extremismus vorgeht

– Der Standard: Video; 37 Minuten –

Von der unsichersten Stadt Belgiens zum Vorzeigemodell für Integration und Extremismusprävention – dank Bart Somers hat die Stadt Mechelen diesen Wandel

geschafft. Für ein Porträt hat sich die österreichische Tageszeitung Der Standard mit dem langjährigen Bürgermeister getroffen, um mehr über sein Erfolgsrezept zu erfahren: Wie lässt sich Integration in einer multikulturellen Stadt wie Mechelen fördern? Und welche seiner Strategien haben sich in der Extremismusprävention bewährt?

Zum Video auf derstandard.at

Aktuelle Meldungen

Zehn Jahre Haft für "IS"-Rückkehrerin

Die "IS"-Rückkehrerin Jennifer W. ist zu zehn Jahren Haft verurteilt worden, berichtet die Tagesschau. Während ihrer Zeit beim "Islamischen Staat" soll sie zugelassen haben, dass eine jesidische Frau in ihrem Haus als Sklavin gehalten wurde und dass deren fünfjährige Tochter angekettet verdurstete. Jennifer W. wurde vom Oberlandesgericht München schuldig gesprochen, unter anderem wegen Beihilfe zum versuchten Mord und wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Mit ihrer Unterstützung des "IS" habe sich die Angeklagte der "Vernichtung der jesidischen Religion" und der "Versklavung des jesidischen Volkes" schuldig gemacht, so das Gericht. Der Politologe Thomas Mücke sieht dies im Interview mit der taz als "wichtiges Signal": Durch das Urteil würden solche Taten offiziell als Kriegsverbrechen gegen die jesidische Minderheit im Nordirak eingestuft.

Zum Beitrag auf tagesschau.de

Zum Interview mit Thomas Mücke auf taz.de

Bundesregierung holt "IS"-Anhängerrinnen zurück

Die Bundesregierung hat acht Frauen und ihre insgesamt 23 Kinder aus Syrien nach Deutschland zurückgeholt. Das berichtet die Tagesschau. Die deutschen Frauen hatten sich 2014 und 2015 dem "IS" angeschlossen. Zuletzt befanden sie sich dort in einem Gefangenenlager. Wie viele von ihnen in Deutschland in Haft kommen werden, sei noch unklar. Gegen einige bestehe bereits ein Haftbefehl.

Zum Beitrag auf [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

Bundeskriminalamt: Zahl der islamistischen Gefährder geht zurück

Von 607 auf 551 – die Zahl der islamistischen Gefährder in Deutschland ist laut Bundeskriminalamt seit Jahresbeginn zurückgegangen, berichtet das Redaktionsnetzwerk Deutschland. Unterdessen ist die Zahl der Gefährder sowohl im rechts- als auch im linksextremistischen Bereich gestiegen.

Zum Beitrag auf [rnd.de](https://www.rnd.de)

Razzia wegen mutmaßlicher islamistischer Anschlagpläne in NRW und Niedersachsen

Wegen Terrorverdachts hat die Polizei Wohnungen von mehreren mutmaßlichen "IS"-Anhängern im nordrhein-westfälischen Düren durchsucht, berichtet die Zeit. Den fünf Beschuldigten zwischen 16 und 22 Jahren werde vorgeworfen, sich mittels Propagandamaterials des "Islamischen Staates" auf eine "schwere staatsgefährdende Gewalttat" vorbereitet zu haben.

Über ein Jahr lang hatten die Sicherheitsbehörden die Personen bereits überwacht, so der Focus. Dabei sei beobachtet worden, wie die Männer mit Äxten und Messern für einen potenziellen Anschlag geübt hätten. Aufgrund von Querverbindungen habe man zeitgleich auch die Räume zweier bekannter Extremisten in Salzgitter (Niedersachsen) durchsucht. Festnahmen gab es zunächst keine, da die Ermittlungen noch andauern.

Zum Beitrag auf [zeit.de](https://www.zeit.de)

Zum Beitrag auf [focus.de](https://www.focus.de)

Islamwissenschaftler zum Muezzinruf: "Traditionelle Religionsausübung kein politischer Islam"

Die Ausübung von traditionellen Ritualen ist kein "politischer Islam", schreibt Islamwissenschaftler und Jurist Mathias Rohe auf Qantara.de. In der Debatte um das zweijährige Modellprojekt der Stadt Köln, das muslimischen Gemeinden erlaubt, den Muezzinruf durchzuführen, komme es immer wieder zu dem Vorwurf, dass Akteure des "politischen Islams" vom Staat "hofiert" würden.

Für Rohe zeigt dieser Vorwurf, dass der Begriff des "politischen Islams" in der

Öffentlichkeit konturlos ist: Obwohl im Kölner Fall keine einschlägige islamistische Organisation einen Antrag gestellt hätte, gäbe es den Generalverdacht gegenüber der traditionellen islamischen Religionsausübung, dass diese "politisch" sei.

Zum Beitrag auf gantara.de

Antisemitismus-Debatte um Journalistin Nemi El-Hassan

Der WDR setzt die Journalistin Nemi El-Hassan nicht als Moderatorin für die Wissenschaftssendung "Quarks" ein, meldet die FAZ. Die Begründung: "Das Vertrauen für eine künftige Zusammenarbeit ist nicht mehr vorhanden." Eine kurze Chronologie der Ereignisse:

Die Bild-Zeitung hatte im September berichtet, dass El-Hassan 2014 an der Al-Kuds-Demonstration in Berlin teilgenommen hatte, auf der in der Vergangenheit auch judenfeindliche Parolen skandiert wurden. Ihre Teilnahme bezeichnete El-Hassan im Nachhinein als Fehler. Später wurde bekannt, dass sie mutmaßlich antisemitische Beiträge auf Instagram mit einem "Like" markiert hatte. Der WDR wollte die Vorwürfe prüfen. Laut Spiegel-Bericht herrschte im Rundfunkrat des Senders Ende Oktober Uneinigkeit darüber, ob El-Hassans Verhalten als antisemitisch eingestuft werden kann.

Die Journalistin veröffentlichte Anfang November einen Gastbeitrag in der Berliner Zeitung, in dem sie zu den Vorwürfen Stellung bezog. Sie sehe sich als Opfer einer rechtsextremistischen Kampagne. Als Reaktion auf diesen Gastbeitrag entschloss sich der WDR, nicht mit der Journalistin zusammenzuarbeiten.

Einige Tage später wurden Details aus der Befragung von El-Hassan durch den WDR bekannt, berichtet die Zeit. Die Journalistin soll unter anderem gefragt worden sein, wie häufig sie bete und, ob ihre Verwandten Verbindungen zum "politischen Islam" hätten. Solche Fragen seien rechtlich nicht zulässig, so die Zeit.

In einem Kommentar auf Quantara.de kritisiert Journalist Stefan Buchen, dass die Vorwürfe gegen El-Hassan zu wenig hinterfragt würden: sowohl im Hinblick auf das Framing der Bild-Zeitung, als auch die persönliche Biografie der palästinensisch-stämmigen Journalistin. Buchen bewertet die Debatte als "rücksichtslose Demontage".

Zum Beitrag auf faz.net

Zum Beitrag über die Debatte im WDR-Rundfunkrat auf spiegel-online.de

Zur Stellungnahme von Nemi El-Hassan auf berliner-zeitung.de

Zum Bericht über die Befragung durch den WDR auf [zeit.de](https://www.zeit.de)

Zum Kommentar von Stefan Buchen auf [gantara.de](https://www.gantara.de)

Extremismusprävention der Stadt Wien: Umfassend, aber auszuweiten

Die Arbeit der Stadt Wien im Bereich Extremismusprävention ist im europäischen Vergleich herausragend. Zu diesem Ergebnis kommt laut den Salzburger Nachrichten eine Studie, die Präventionsmaßnahmen der Stadt überprüft hat. Mit 50 Maßnahmenpaketen von Theaterpädagogik bis hin zu Weiterbildungen für Sicherheitskräfte leiste Wien bereits gute Arbeit bei der Bekämpfung unterschiedlicher Formen von Extremismus. Trotzdem sei eine Ausweitung der Maßnahmen angebracht, insbesondere im Bereich Verschwörungstheorien. Die Studie wurde anlässlich des Jahrestags des islamistischen Terroranschlags in der Wiener Innenstadt vom 2. November 2020 präsentiert.

Zum Beitrag auf [sn.at](https://www.sn.at)

Die Deutsche Islamkonferenz – eine Chronologie

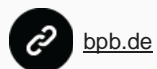
Anlässlich des 15-jährigen Bestehens der Deutschen Islam Konferenz (DIK) hat IslamiQ eine Übersicht über die wichtigsten Etappen ihrer Entwicklung zusammengestellt. Seit ihrer Gründung dient die DIK als zentrales Forum für den Dialog zwischen Staat und Muslimen. Passend dazu präsentiert eine Wandzeitung des Bundesinnenministeriums die Geschichte, Leitsätze, Instrumente und Ergebnisse der DIK in anschaulichen Infografiken. Sie ist kostenlos über [bpb.de](https://www.bpb.de) verfügbar.

Zur Übersicht auf [islamiq.de](https://www.islamiq.de)

Zur Wandzeitung auf [bpb.de](https://www.bpb.de)

Die bpb auf:





Wenn Sie diesen Newsletter nicht weiter erhalten wollen, können Sie sich auf <https://www.bpb.de/newsletter> unter Eingabe Ihrer E-Mail Adresse und mit Klick auf "Kündigen" vom Newsletter "Infodienst Radikalisierungsprävention" (HTML-Version) abmelden. Bitte beachten Sie den dortigen Hinweis zur Bestätigung der Abmeldung.

Sollten Sie Fragen, Anregungen oder Kritik haben, schreiben Sie bitte an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Zum Infodienst Radikalisierungsprävention: www.bpb.de/radikalisierungspraevention

Informationen zu Datenschutz und Betroffenenrechten: <https://www.bpb.de/datenschutz>

© Bundeszentrale für politische Bildung 2020 (<https://www.bpb.de/impressum>)